



Melde- und Informationsstelle  
Antiziganismus Sachsen

---

**BERICHT  
ZUR DISKRIMINIERUNG  
VON AUS DER UKRAINE  
GEFLÜCHTETEN ROM\*NJA  
IN SACHSEN**

August 2022

---



## WARUM DIESER BERICHT?

Uns als Selbstvertretungsorganisation der Roma und Sinti in Sachsen und als Engagierte für ein demokratisches, diskriminierungs- und rassismusesarmes Sachsen erschüttert der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine sehr. Gleichzeitig sind wir erfreut über die überwältigende Hilfsbereitschaft und Solidarität in der sächsischen Gesellschaft. Die Maßnahmen der sächsischen Regierung sowie auch vieler engagierter Bürger\*innen in Sachsen zur Unterstützung aus der Ukraine geflüchteter Menschen begrüßen wir sehr. Dies zeigt auch eindrucksvoll, wie viel möglich ist, was vor wenigen Jahren noch nicht vorstellbar schien.

Gleichwohl wünschen wir uns, dass diese tatkräftige Unterstützung sowohl von staatlicher als auch von zivilgesellschaftlicher Seite allen Menschen zuteilwird, die nach Sachsen flüchten, unabhängig davon, aus welchem Land sie flüchten, welcher Religion, welchem Geschlecht, welcher sexuellen Orientierung oder welcher Volksgruppe sie angehören. Bedauerlicherweise beobachten wir in unserer Arbeit, dass dies aktuell nicht uneingeschränkt der Fall ist. Dies gilt auch – obwohl sie alle vor dem gleichen Krieg fliehen – für Geflüchtete aus der Ukraine selbst. Während ‚ethnische‘ Ukrainer\*innen mit offenen Armen begrüßt werden, haben andere, etwa in der Ukraine aufenthaltsberechtigte Drittstaatenangehörige, nicht denselben Zugang zu Unterstützungsangeboten. Aber auch bezüglich aus der Ukraine geflüchteter Rom\*nja – unstreitig ukrainische Staatsangehörige – haben wir in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder diskriminierendes Verhalten beobachten müssen, sei es von anderen Geflüchteten, von Helfenden oder Unterstützer\*innen, aber auch staatlichen Strukturen. Das wurde auch in anderen Bundesländern bereits beobachtet und dokumentiert<sup>1</sup>, und unter anderem vom Zentralrat der deutschen Sinti und Roma<sup>2</sup> und vom Antiziganismusbeauftragten des Bundes, Mehmet Daimagüler<sup>3</sup>, kritisiert. Wir richten uns mit diesem Bericht an die Öffentlichkeit, um Menschen, die sich – in welcher Art auch immer – für aus der Ukraine (und andere) Geflüchtete engagieren, zu sensibilisieren.

Folgende Vorfälle in Sachsen haben uns in den letzten Wochen erreicht.

---

<sup>1</sup> Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA): Bericht zur Lage der aus der Ukraine geflüchteten Roma, 07. Juli 2022: <https://www.antiziganismus-melden.de/2022/07/07/bericht-zur-lage-der-aus-der-ukraine-gefluechteten-roma-in-deutschland/>; Hardenberg, Nina von: Roma aus der Ukraine: Der Verachtung entkommen sie nicht, Süddeutsche Zeitung, 3. Juni 2022:

<https://www.sueddeutsche.de/politik/ukraine-fluechtlinge-roma-1.5597265>; Fichtner, Sophie: Rassismus gegen Ukraine-Geflüchtete: Kein Zugang für Rom\*nja, taz, 30. März 2022: <https://taz.de/Rassismus-gegen-Ukraine-Gefluechtete/!5845419/>.

<sup>2</sup> PM „Ungleichbehandlung ukrainischer Geflüchteter, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, 30. März 2022: <https://zentralrat.sintiundroma.de/ungleichbehandlung-ukrainischer-gefluechteter/>.

<sup>3</sup> Bebenburg, Pitt von: Umgang mit Sinti und Roma: „Völlige Empathielosigkeit“, Frankfurter Rundschau, 23.05.2022: <https://www.fr.de/politik/umgang-mit-sinti-und-roma-voellige-empathielosigkeit-91565470.html>.

## VORFÄLLE IM ZUSAMMENHANG MIT DER FLUCHT

- Am 8. April 2022 reiste eine Gruppe ukrainischer Rom\*nja, bestehend aus vier Frauen und dreizehn Kindern, mit dem Zug von Prag nach Dresden. Eine Ehrenamtliche aus Prag vereinbarte mit einer Unterstützengruppe aus Dresden, die Gruppe am Bahnhof in Empfang zu nehmen und zur Bahnhofsmision zu begleiten. Polizeibeamte, die sich am Bahngleis aufhielten, ließen die Rom\*nja nicht aus dem Zug aussteigen und wollten sie davon überzeugen, weiter nach Berlin zu fahren. Die Personen hatten jedoch ein Zugticket bis Dresden, wo sie auch hinwollten. Durch ehrenamtliches Engagement konnte sichergestellt werden, dass die Menschen an einem anderen Bahnhof in Dresden den Zug doch noch verlassen konnten und Zugang zu den Hilfsstrukturen erhielten.<sup>4</sup>
- Am 8. Mai ereignete sich eine ähnliche Situation, als eine Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und sechs Kindern, aus Usti nad Labem nach Dresden reiste. Offenbar informierte das Zugpersonal oder Grenzpolizei die Sicherheitskräfte in Dresden. Beim Einfahren des Zuges positionierten sich acht Polizeibeamte vor dem Wagen, in dem sich die Familie befand, möglicherweise, um die geflüchteten Personen am Aussteigen zu hindern. Ehrenamtliche Helfer\*innen, die ebenfalls über die Ankunft der Familie informiert waren, intervenierten rechtzeitig, indem sie sich vor die Polizeibeamten stellten und die Ankommenden aus dem Zug begleiteten.
- Eine Familie, die in Leipzig in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht war, stellte fest, dass sie trotz längeren Wartens keine eigene Unterkunft erhielt. Aus diesem Grund wollten sie nach Krakau weiter flüchten. Im Zug von Leipzig nach Berlin wurden sie von einem Zugbegleiter kontrolliert. Der Zugbegleiter wies die Familie auf die Maskenpflicht hin, und zwar in einem für die Familie wahrnehmbaren unfreundlich-aggressiven Ton, während er umsitzende Fahrgäste, die ebenfalls ihre Maske nicht oder nicht richtig trugen, nicht ansprach. Weiter verlangte er von der Familie, eine Fahrkarte vorzuweisen. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als Geflüchtete aus der Ukraine öffentliche Verkehrsmittel ohne Fahrschein benutzen durften. Der Zugbegleiter glaubte der Familie zunächst nicht, tatsächlich aus der Ukraine zu sein. Er akzeptierte diese Tatsache erst, als ein Mitarbeiter von Romano Sumnal e.V. dies telefonisch bestätigte. Telefonisch wurde vereinbart, dass der Zugbegleiter die Familie über den Bahnhof informieren sollte, an dem sie umsteigen mussten. Dies tat er jedoch nicht.

---

<sup>4</sup> Über diesen Vorfall wurde bereits berichtet: PM „Nach Vorfall in Dresden: Diskriminierung vor und nach der Flucht – Schutz für Rom\*nja aus der Ukraine“, Sächsischer Flüchtlingsrat, 21. April 2022: <https://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de/de/2022/04/21/nach-vorfall-in-dresden-dischutz-fuer-romnja-aus-der-ukraine/>.

## DISKRIMINIERUNG IN UNTERKÜNFTE FÜR GEFLÜCHTETE

- Aus einer kommunalen Unterkunft für Geflüchtete in Leipzig meldete ein dort tätiger Sozialarbeiter die Diskriminierung einer ukrainischen Rom\*njafamilie durch andere Geflüchtete aus der Ukraine. Der Sozialarbeiter berichtete, dass die Familie von anderen Geflüchteten in der Gemeinschaftsunterkunft mehrfach ausgegrenzt wurde. Die Familie selbst bestätigte das auch, die Mutter erlitt einen Nervenzusammenbruch wegen der Vorkommnisse. Das diskriminierende Verhalten äußerte sich darin, dass z.B. ukrainische Geflüchtete der Romni nicht erlauben wollten, ihre Wäsche in derselben Waschmaschine zu waschen wie sie; die Kinder sollten nicht zur selben Zeit im Hof spielen wie die Rom\*njakinder, sie sollten nicht am selben Tisch sitzen. Die Sozialarbeiter zeigten sich solidarisch mit der Rom\*njafamilie, wussten aber nicht, wie sie mit der Situation umgehen sollen.
- Aus der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Sachsen in Leipzig wurde uns ebenfalls gemeldet, dass dort untergebrachte Rom\*nja mehrfach von anderen Geflüchteten aus der Ukraine diskriminiert, beschimpft und gemieden wurden.
- Eine ebenfalls in Leipzig in einer Unterkunft für Geflüchtete untergekommene Familie berichtete, dass sie an mehreren Ausgabestellen für Lebensmittel- und Kleiderspenden zunächst abgewiesen wurden, weil ihnen nicht geglaubt wurde, tatsächlich aus der Ukraine geflüchtet zu sein. Ihnen wurde vorgeworfen, sich die Spenden erschleichen zu wollen. Erst nachdem die Ausgebenden sich bei der Unterkunft und beim Verein Romano Sumnal e.V. bestätigen ließen, dass es sich wirklich um Geflüchtete aus der Ukraine handelt, erhielt die Familie Zugang zu Spenden. Aus diesem Grund verbrachte die Familie mit mehreren kleinen Kindern den ersten Tag in Leipzig ohne Essen.
- Aus einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes Sachsen in Dresden meldete sich eine Rom\*njafamilie. Sie erlebte, dass andere Geflüchtete, die teilweise erst nach ihnen ankamen, schnell in Wohnungen bzw. private Unterkünfte vermittelt wurden, sie selbst jedoch zurückblieben. *Wir konnten nicht klären, inwieweit eventuell andere Gründe wie etwa keine verfügbare adäquate Wohnung gemäß der Personenzahl dazu beitragen. Auf jeden Fall erhielt die Familie keine Informationen darüber, fühlte sich diskriminiert und ist inzwischen wieder in Ukraine zurückgekehrt.*

## DISKRIMINIERUNG IN EHRENAMTLICHEN HILFESTRUKTUREN

- Im Landkreis Görlitz kam es zu antiziganistischen Diskriminierungen bei der Unterbringung. Eine betroffene Familie war zunächst in einer Pension untergebracht. Nach Aussage einer Person, die die private Unterbringung von Geflüchteten koordiniert, musste die Familie die Pension nach einer Nacht aufgrund von Beschwerden anderer Gäste wieder verlassen. Der Pensionsinhaber beendete die Zusammenarbeit sehr schnell, ohne allen Beteiligten Gehör zu schenken. Auch die darauffolgende private Unterbringung wurde durch die Gastgeber beendet. Entstandene Probleme wurden auf „zu große kulturelle Unterschiede“ zurückgeführt und der Versuch einer Klärung unter Anhörung aller Beteiligten wurde durch parteiisches Verhalten der Dolmetscherin zu Ungunsten der Familie erschwert (siehe unten). Eine Person, die für die Koordinierung von Geflüchteten und Gastfamilien zuständig ist, befürchtete, dass es in der Stadt in naher Zukunft zu rassistischen Übergriffen kommen könnte.
- Eine Dolmetscherin, die zwischen den Hilfestrukturen und der Familie übersetzte, übersetzte nach dem Eindruck einer Unterstützenden nicht vollständig, und in einem aggressiv-feindlichen Ton, der von der Sprecherin nicht intendiert war. Die dolmetschende Person äußerte, die Leute seien „böse“.
- Ehrenamtliche Bürger\*innen äußerten sich an dem Ort, an dem Hilfe für ukrainische Geflüchtete koordiniert wurde, abfällig über die anwesenden Rom\*nja und meinten, diese seien doch keine Ukrainer und hätten keinen Anspruch auf Unterstützung.

## FORDERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Wir gehen davon aus, dass sich hinter diesen bekannt gewordenen Fällen eine hohe Dunkelziffer verbirgt. Wir sehen die sächsische Landesregierung in der Verantwortung, für alle hier Schutzsuchenden gleichermaßen Sorge zu tragen. Dies gebieten schon allein die Menschenrechte.

Gegenüber Sinti\*zze und Rom\*nja weisen wir ausdrücklich auch auf die historische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland hin, die sich aus dem nationalsozialistischen Völkermord an Sinti\*zze und Rom\*nja, dem Porajmos, ergibt. Dies betrifft auch das Land Sachsen. Allein aus Leipzig wurden in der Zeit von 1933 bis 1945 nach derzeitigem Forschungsstand 327 von ca. 650 Sinti\*izze und Rom\*nja, die sich in diesem Zeitraum zeitweise oder dauerhaft in Leipzig aufhielten, in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert.<sup>5</sup> Hinzu kommt, dass die nationalsozialistische Verfolgung von Rom\*nja auch auf heute zur Ukraine gehörendem Gebiet stattfand. Unter den heute Flüchtenden befinden sich somit auch Nachfahren von Porajmosopfern, und es ist beschämend, dass diese nun erneut Opfer rassistischer Diskriminierung werden.

Auch von dem derzeitigen Krieg in der Ukraine sind Rom\*nja betroffen. Wie der Antiziganismusbeauftragte des Bundes kürzlich festgestellt hat, werden Rom\*nja aus der Ukraine „[a]uf jeder Station ihrer Flucht [...] schlechter behandelt als andere Flüchtende.“<sup>6</sup> Sorge bereitet uns etwa der Umgang der tschechischen Behörden mit aus der Ukraine geflüchteten Rom\*nja. Der Umstand, dass ein kleiner Teil der Bevölkerung der Region Transkarpatien, dort ansässige ethnische Ungarn und auch Rom\*nja, über eine doppelte Staatsbürgerschaft bzw. ungarische Pässe verfügen, wird dazu genutzt, die Erteilung eines Schutzstatus für (ausschließlich!) Roma zu verzögern. Die Regierung der Tschechischen Republik zieht sich aus der Verantwortung, indem sie behauptet, diese ukrainischen Rom\*nja seien ja EU-Bürger und damit hätten sie keinen Anspruch auf vorübergehenden Schutz in Tschechien.<sup>7</sup>

Aus diesem Grunde möchten wir an alle staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Hilfestrukturen die eindringliche Bitte richten, durch geeignete Maßnahmen in ihren Einrichtungen darauf hinzuwirken, dass genügend Sensibilität dafür geschaffen wird, um ähnlichen Vorkommnissen zu begegnen. Es ist dringend geboten, in allen Bereichen der Unterstützung von Geflüchteten (Erteilung eines Aufenthaltsstatus, Migrationsberatung, Vermittlung von Unterkünften, Beratung zu den Bereichen Arbeit, Schule, Soziales etc., Sprachmittlung...) diskriminierende Verhaltensweisen wirksam zu unterbinden. Wir werden die Behandlung von aus der Ukraine geflüchteten Rom\*nja in den nächsten Wochen und Monaten weiter beobachten.

Sollten Sie in Ihrer Arbeit oder ehrenamtlichen Tätigkeit Vorfälle antiziganistischer Diskriminierung beobachten – bitte zögern Sie nicht, sich an uns zu wenden ([meldestelle@romano-sumnal.com](mailto:meldestelle@romano-sumnal.com)). Wir sowie auch die mit uns kooperierenden Organisationen stehen gerne für Gespräche und Austausch zur Verfügung.

---

<sup>5</sup> Diese Angaben beruhen auf der Forschung des Historikers Daniel Weißbrodt zur Geschichte der Sinti\*izze und Rom\*nja in Sachsen während des Nationalsozialismus, die dieser in Zusammenarbeit mit Romano Sumnal e.V. derzeit durchführt.

<sup>6</sup> Dernbach, Andrea: „Die Roma leiden doppelt und dreifach“, Tagesspiegel, 08. August 2022:

<https://tagesspiegel.de/politik/krieg-in-der-ukraine-die-roma-leiden-doppelt-und-dreifach/28583172.html>

<sup>7</sup> Baeck, Jean-Philipp; Schneider, Allegra: Die Flucht der anderen: Ukraine-Geflüchtete in Tschechien, taz, 18. August 2022: <https://taz.de/Ukraine-Gefluechtete-in-Tschechien!/5852177/>

**MIA Sachsen – Melde- und Informationsstelle Antiziganismus**

meldestelle@romano-sumnal.com

**@ Romano Sumnal e.V. – Verband der Roma und Sinti in Sachsen, Leipzig**

Ludwigsburger Str. 14

04209 Leipzig

www.romano-sumnal@web.de



Dieser Bericht entstand in Zusammenarbeit mit:

RomaRespekt

Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.

Bündnis gegen Rassismus

Support - Fachberatungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt der RAA Sachsen e.V.

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.

Gruppe gegen Antirromanismus, Dresden

